

14.38

**Bundesrat Rene Pfister** (SPÖ, Niederösterreich): Nach einem brillanten Vorredner, der auch die Unterstützungen unseres Bundesministers angesprochen hat, möchte ich auch noch das Wort ergreifen.

Ein Thema dürfen wir dabei nicht ganz vergessen. Wir haben am Dienstag im Ausschuss sehr lange mit den Expertinnen und Experten vom Sozialministerium über das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz diskutiert. Ich glaube, dass wir da eine sehr, sehr angeregte Diskussion hatten. Kollege Bernhard Rösch etwa hat sehr viele Fragen zu Zahlen, Daten und Fakten gestellt, und auch David Stögmüller war sehr intensiv an der Diskussion beteiligt.

Wir sind alle derselben Meinung: dass das Lohn- und Sozialdumping die Grundlage unseres Arbeitsmarkts zerstört. Lohn- und Sozialdumping höhlt unser funktionierendes Sozialsystem aus, und genau das wollen wir hier alle gemeinsam verhindern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Warum ich mich außerdem zu Wort gemeldet habe: Sandra Kern hat es schon gesagt, 133 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden nach Österreich entsendet – eine stattliche Anzahl. Aber wie wir aus der Statistik sehen, werden auch über 250 000 Österreicherinnen und Österreicher pro Jahr ins Ausland entsendet. Das dürfen wir nicht außer Acht lassen.

Die derzeit über verschiedene Gesetze verstreuten Regelungen werden in diesem Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz auch zusammengefasst.

Viele Maßnahmen liegen – wie auch meine Vorredner schon gesagt haben – nicht allein in der Kontrolle des Sozialministers. Es gibt da, wenn es um Kontrolle geht, auch eine Verantwortung eines anderen Ministers, nämlich des Herrn Finanzministers, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich glaube, das gehört hier schon auch gesagt, wenn man auf der anderen Seite Herrn Bundesminister Stöger angreift und sagt, er sei da untätig. Er ist übrigens der fleißigste Minister und bringt da die meisten Initiativen auf den Weg, wie Kollege Hammerl schon angesprochen hat. Es fällt es mir heute, wie gesagt, wirklich leicht, da auch zu loben, denn ich weiß, dass unser Alois Stöger, wenn es um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und um ArbeitnehmerInnenrechte geht, wenn es um Fairness geht, ein verlässlicher Partner ist.

Wenn wir über Lohn- und Sozialdumping-Übereinkommen sprechen, über nicht richtig bezahlte Gehälter, über nicht richtig abgeführte Steuern, die anfallen, dann sehe ich es

nicht ganz ein – und ich habe heute beschlossen, hier etwas dazu zu sagen –, wenn man das vermischt, wenn man auf die unterste Schicht hindrückt, nämlich dann, wenn es um das Thema Mindestsicherung geht.

Liebe Sandra Kern, wir haben diese Diskussion nicht nur hier im Bundesrat, sondern auch schon in Niederösterreich geführt, auch mit deinem Vorgänger, wie du weißt. Wir haben sehr heftig darüber diskutiert. Wenn wir in Niederösterreich – ich bringe dieses Beispiel – 80 000 Bezieherinnen und Bezieher haben, dann muss man wissen, dass das nicht Mindestsicherungsbezieher sind, die den vollen Betrag bekommen, denn über 70 Prozent sind Aufstockerinnen und Aufstocker.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was heißt das? – Das heißt, dass diese Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, das kann man aber natürlich auch auf ganz Österreich beziehen, aufstocken, weil sie mit dem, was sie verdienen, und dem, was ihnen zur Verfügung steht, gar nicht die Möglichkeit haben auszukommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube schon, dass es gut wäre, wenn wir hier nicht Folgendes tun würden: nach unten treten und dann nach oben hin, beim Lohn- und Sozialdumping, da, wo es um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, die Augen zumachen und wegschauen.

Ich sage nur eines dazu: Die EZB gibt bekannt, dass jährlich 100 000 Milliarden € in irgendwelchen Steueroasen flöten gehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will mir gar nicht vorstellen, was 100 000 Milliarden € an Infrastrukturmöglichkeiten in Europa bieten würden. Ich will mir gar nicht vorstellen, was 100 000 Milliarden € an Steuern, die dort irgendwo verschwinden, für die Sozialsysteme bedeuten würden. *(Zwischenruf von Bundesrätin Mühlwerth.)* – Dafür sage ich es auch. Auch da haben wir Handlungsbedarf. *(Neuerlicher Zwischenruf von Bundesrätin Mühlwerth.)* Ich glaube, dass die Bundesregierung mit dem Finanzminister da einen Handlungsbedarf hat.

Man kann auf der anderen Seite nicht nur sagen, dass wir denen, die unten sind, den Mindestsicherungsbezieherinnen und -bezieher, die nichts besitzen dürfen – kein Barvermögen, keine Sparbücher, kein Auto –, die gar nichts haben dürfen, auch noch alles wegnehmen und sie an den Rand der Gesellschaft drängen. *(Beifall bei SPÖ und Grünen.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte meine Ausführungen jetzt nur noch untermauern: Ich war letzte Woche dienstlich in Spanien. Das hört sich schön an – schönes Land, warm, wenn die Sonne scheint. *(Bundesrat Mayer: Costa del Sol?)* – Nein, dort war ich nicht, sondern auf einer kleinen Insel. *(Zwischenruf bei den Grünen.)* Die Arbeitslosenrate in Spanien ... *(Ruf bei der FPÖ: Warst du mit dem Strache auf*

*Ibiza?*) – Nein, mit Strache war ich nicht auf Ibiza. (*Allgemeine Heiterkeit.*) Das fällt mir gar nicht ein, da brauchst du dir keine Sorgen zu machen, Gerhard.

Was ich damit sagen will, ist, dass mich das schon sehr nachdenklich stimmt, wenn man dort mit Jugendlichen spricht, die eine Möglichkeit suchen, eine Ausbildung zu machen. Spanien hat eine Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren von sage und schreibe fast 40 Prozent, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das ist nicht irgendwo im Pazifik oder irgendwo weit weg, sondern in Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass wir genau dorthin schauen sollen, nämlich auf diese Beispiele – das ist nur ein Beispiel aus Spanien –, dass wir danach trachten müssen, den Jugendlichen auch Perspektiven zu bieten.

Das haben meine Vorredner auch schon gesagt: Wenn es um Bestbieterprinzipien geht, sollten wir uns nicht immer nur anschauen, wo es billiger ist, wo man die günstigste Möglichkeit hat – natürlich, Geiz ist geil –, sondern wir sollten ganz klare Regeln aufstellen. Diese Möglichkeit haben wir, die haben wir da alle. Man kann das Bestbieterprinzip hernehmen, ganz klare Kriterien vorgeben und sagen: Erfüllst du diese und jene Vorgaben wie Lehrlingsausbildung und alles, was dazugehört, dann bist du dabei. Erfüllst du das nicht, dann bekommst du anhand eines Punktekatalogs einfach diese Punkte nicht und kommst vielleicht nicht zum Zug.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt an uns, da nicht nach unten zu treten und die Mindestsicherungsbezieher schlecht zu machen und zu diffamieren. (*Zwischenruf der Bundesrätin Mühlwerth.*) Es liegt an uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier ein Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz zu beschließen und dies nicht in weiterer Folge zu beschneiden. Diese Regelungen, so gut wir sie im Gesetz verankert haben, gehören dann auch kontrolliert und überprüft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Aufgabe, eine Mammutaufgabe natürlich, lieber Herr Bundesminister, aber wir sind es gewöhnt, dass du Mammutaufgaben mit Bravour löst. (*Beifall bei SPÖ und Grünen.*)

14.46

**Präsident Josef Saller:** Als Nächster gelangt Herr Bundesminister Stöger zu Wort. – Bitte.